

N I E D E R S C H R I F T

über die 16. Sitzung des Rates der Stadt Gummersbach vom 14.02.2012 im Ratssaal, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach.

Die Mitglieder des Rates waren durch die fristgerechte Einladung einberufen. Der Vorsitzende stellt bei Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung Einwendungen nicht erhoben werden. Der Rat ist nach der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Anwesend sind:

Vorsitz

Bürgermeister Frank Helmenstein

Mitglieder

Stadtverordneter Rolf-Helmut Becker

Stadtverordneter Tim Bubenzer

Stadtverordnete Marita Cordes

Stadtverordneter Kurt Uwe Dick

Stadtverordnete Bärbel Frackenpohl-Hunscher

Stadtverordneter Andreas Guist

Stadtverordneter Jörg Jansen

Stadtverordneter Volker Kranenberg

Stadtverordnete Ilona Köhler

Stadtverordneter Jakob Löwen

1. stellv. Bürgermeister Jürgen Marquardt

Stadtverordneter Horst Naumann

Stadtverordneter Karl-Heinz Richter

Stadtverordneter Karl-Otto Schiwiek

Stadtverordneter Christoph Schmitz

Stadtverordneter Walter Schneider

Stadtverordneter Rainer Sülzer

Stadtverordneter Joachim Tump

Stadtverordnete Irmgard Voß-Jahn

Stadtverordnete Helga Auerswald

Stadtverordneter Thomas Geilhaupt

Stadtverordneter Rüdiger Goldmann

Stadtverordneter Hans-Egon Häring

2. stellv. Bürgermeister Thorsten Konzelmann

Stadtverordneter Klaus Leesch

Stadtverordneter Manfred Meier

Stadtverordneter Bajrus Saliu

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Stadtverordneter Uwe Schieder
Stadtverordneter Helmut Schillingmann
Stadtverordneter Torsten Stommel
Stadtverordneter J. Werner Hannemann
Stadtverordnete Andrea Molitor
Stadtverordnete Ursula Thielen
Stadtverordneter Dr. Ulrich von Trotha
Stadtverordnete Elke Wilke
Stadtverordnete Gabi Behrendt
Stadtverordneter Konrad Gerards
Stadtverordneter Dirk Johanns
Stadtverordnete Gabriele Müller
Stadtverordneter Klaus Heinen

Verwaltung

Beigeordneter und Stadtkämmerer Dr. Klaus Blau
Techn. Beigeordneter Dipl.-Ing. Ulrich Stücker
Beigeordneter Peter Thome
StVwD. Ulrich Reichelt-Münster
StAR. Bernhard Ellerhorst
StOI. Sarah Schmidt

Gäste

Herr Volker Simstich

Vorsitzender des Aufsichtsrates der City-
management Gummersbach GmbH

Entschuldigt:

Mitglieder

Stadtverordneter Dipl.-Kfm. Reinhard Kretschmann
Stadtverordneter Hans-Friedrich Schmalenbach
Stadtverordneter Thomas Hähner
Stadtverordneter F. Lothar Winkelhoch

Die Niederschrift führt: StOI. Sarah Schmidt

Sitzungsbeginn 18:00 Uhr

Sitzungsende: 18:56 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde verliert Herr Bürgermeister Frank Helmenstein aufgrund von Abwesenheit des Bürgers die Einwohnerfrage sowie die Antwort der Verwaltung.

Öffentlicher Teil:

- TOP 1 Bericht der City Management GmbH
- TOP 2 Niederschrift der letzten Sitzung
- TOP 3 Anfragen
- TOP 3.1 Große Anfragen
- TOP 3.1.1 Einführung eines papierlosen Sitzungsdienstes
Vorlage: 01618/2012
- TOP 4 Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 01608/2012
- TOP 5 Erlass einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenschlussgesetz (Verkaufsoffene Sonntage)
Vorlage: 01579/2011
- TOP 6 Wiederwahl des Schiedsmannes für den Schiedsamsbezirk II (Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen)
Vorlage: 01599/2012
- TOP 7 Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk III (Bereich Derschlag / Rebbelroth / Niederseßmar)
Vorlage: 01601/2012
- TOP 8 Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Umbau B 256 - Westtangente bis Dr. Ottmar-Kohler-Straße
Vorlage: 01583/2011
- TOP 9 Vorabbeschluss zum Investitionsprogramm 2012
Vorlage: 01614/2012
- TOP 10 Bebauungsplan Nr. 258 "Gummersbach - Steinberg" und Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung", Nr. 50 "Gummersbach - Winterbecke", Nr. 96 "Gummersbach - Industriegebiet - Mitte" sowie Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse zu den Bebauungsplänen Nr. 99 "Gummersbach - Kaiserstraße - Nord" und Nr. 122 "Gummersbach - Denkmalweg/Hohe Straße" jeweils im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 258 Gummersbach - Steinberg".
Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss
Vorlage: 01574/2011/1
- TOP 11 Erlass einer neuen Satzung für die städtischen Übergangwohnheime und Notunterkünfte
Vorlage: 01603/2012
- TOP 12 Bestellung eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss
Vorlage: 01595/2012
- TOP 13 Mitteilungen - Terminänderungen

Öffentlicher Teil:

TOP 1

Bericht der City Management GmbH

Herr Simstich trägt den Bericht der Citymanagement Gummersbach GmbH vor und beantwortet die Fragen der Anwesenden.

Auszug: 1.2

TOP 2

Niederschrift der letzten Sitzung

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

TOP 3

Anfragen

TOP 3.1

Große Anfragen

TOP 3.1.1

Einführung eines papierlosen Sitzungsdienstes

Vorlage: 01618/2012

Stv. Häring trägt folgende Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vor:

Wie weit ist in der Verwaltung die Überlegung gereift und sind Kosten ermittelt worden, um die zur Zeit schriftlichen Vorlagen und Protokolle für Rat und Fachausschüsse auf elektronische Datenträger weiterzuleiten, wie z. B. „Tablet-PCs“ für alle Ratsmitglieder anzuschaffen, um Kosten langfristig zu minimieren?

Bei den HH-Planberatungen stellten wir fest, dass im HH 2011 u. a. Verbrauchsmaterial in Höhe von 527 TE und Kopierkosten in Höhe von 66 TE angefallen sind.

Für den HH 2012 ist der Ansatz auf 627 TE Verbrauchsmaterial und 61 TE Kopierkosten vorgesehen. Diese Kosten sind zwar nicht ausschließlich für die Sitzungsunterlagen, aber doch zu einem hohen Anteil nötig.

Wie in Fachzeitschriften berichtet wurde, z. B. im November 2011, sind in Düren die Ratsmitglieder mit einem iPad ausgerüstet worden, was nur zur dienstlichen Nutzung vorgesehen ist. Ebenso schaffte die Stadt Tönisvorst 54 iPads in 2011 an. In der niedersächsischen Stadt Dissen arbeitet die Verwaltung mit iPhones zur vollen Zufriedenheit des Bürgermeisters.

Bürgermeister Frank Helmenstein beantwortet die Anfrage wie folgt:

Die Stadtverwaltung Gummersbach hat anlässlich eines Presseberichtes im Frühjahr 2011 eine Kostenschätzung durchgeführt und Erfahrungen bei der im Bericht genannten Gemeinde Engelskirchen eingeholt. Im Ergebnis sind die technischen Hürden so hoch, dass die nötigen Investitionen die möglichen Einsparungen auf Jahre hinaus übersteigen würden.

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Auf Grund dieses Umstandes hat die Verwaltung bei der Auswahl des neuen Sitzungsdienstprogrammes Session „...Wert darauf gelegt, dass jeder Mandatsträger nach eigener Auswahl papierlos oder papiergebunden arbeiten kann, indem zugleich die Unterlagen und der Internetzugang zur Verfügung stehen“ (Schreiben aus September 2011 an alle Mandatsträger zur Mitteilung der Zugangsdaten für SessionNet auf: www.Gummersbach.de/Session/ri).

Die damalige Kostenschätzung wurde auf Grund der aktuellen Anfrage verifiziert und im ganz überwiegenden Teil bestätigt. Lediglich die notwendige W-Lan-Ausstattung hat sich als günstiger herausgestellt. Wie sich im folgenden ersehen lässt, bewirkt die Reduzierung von 15.000 € auf 5.000 € in diesem Punkt insgesamt jedoch keine so große Veränderung, dass zu einer anderen Gesamteinschätzung gefunden werden müsste.

Hauptproblem wird bei der Nutzung mobiler Geräte im Laufe der Nutzungsdauer die Kapazität der Batterien werden. Die vorgeschlagenen iPads sind sicher zu Beginn ihrer Nutzungsdauer eine der besten Alternativen, von einem Lieferanten wurde jedoch der Beginn einer Verschlechterung ab dem 18. Monat prognostiziert. Eine der Einsatzkommunen geht sogar von einem Totalversagen nach 36 Monaten aus.

Da Sitzungen schlecht wegen „leerer Batterie“ vertagt werden können, hat Engelskirchen seine Sitzungsräume mit zusätzlichen Steckdosen ausgestattet. In Gummersbach würde dies bedeuten, dass im Ratssaal der Boden aufgenommen und eine entsprechende Anzahl von Bodentanks verlegt werden müssten. Auch im Fachausschusssitzungssaal wäre ähnliches nötig. Die Kosten dafür und für Änderungen am Mobiliar wurden mit 50.000 € grob geschätzt.

Zur Vollausstattung von Rat und maßgeblichen Verwaltungsmitarbeitern, zur Ausleihe von Geräten an sachkundige Bürger und Einwohner sowie Mitarbeiter, die nur sporadisch an Sitzungen teilnehmen sowie zur Reserve ist die Beschaffung von 80 Geräten nötig. Diese Zahl wurde auch von Tönisvorst bestätigt (44 Stv.). Dort hat jedoch die gesamte CDU-Fraktion auf eine Beschaffung durch die Stadt verzichtet und sich selbst versorgt, weswegen nur 54 Geräte beschafft wurden. Dort wurde die billigste Version eingesetzt (16 GB/nur WiFi), die etwa 36.000 € Invest bedeutet. Für eine sinnvolle Nutzung über 5 Jahre wären im Hinblick auf das Speichervolumen (32 GB) jedoch 45.000 € erforderlich.

Die W-Lan Ausstattung für die relevanten Bereiche des Rathauses sowie eine mobile Komponente für evtl. nötige Außensitzungen wurde mit 15.000 € angenommen. Es kann nach den Recherchen der letzten Woche jedoch im günstigsten Fall bereits mit 5.000 € ein ausreichendes Ergebnis erzielt werden, wenn z.B. Fraktionszimmer außen vor bleiben.

Die Konfiguration der Geräte seitens der städtischen ADV-Abteilung sowie die dauerhafte Gewährleistung des Betriebes erfordert einen jährlichen Arbeitszeitaufwand, der mit 12.000 bis 16.000 € geschätzt wird. Die Einrichtung erfolgt sehr restriktiv so, dass nur städtische Anwendungen und keine Privatnutzung möglich sein würde. Für die Sitzungen müsste ein Bereitschaftsdienst vorgehalten werden, damit technische Probleme schnellstens beseitigt werden können. Das vorhandene Personal würde dies alles nicht ohne Verstärkung leisten können.

Auf der Kostenseite ergibt sich für eine Legislatur daher folgendes Bild:

Ertüchtigung Stromversorgung einmalig	50.000,00 €
Softwareerweiterung für Session 4.200 € Lizenz, 90 € monatlich	9.600,00 €
W-Lan-Ausstattung alle 5 – 10 Jahre	5.000,00 €
Gerätebeschaffung ca. alle 5 Jahre	45.000,00 €
Ersatz bei vorzeitigem Defekt (4 St./5 Jahre)	2.500,00 €
technische Betreuung jährlich 12.000,00 € x 5	60.000,00 €
	172.100,00 €

Beschluss- und ggf. Verhandlungsniederschrift

Um die Einsparungspotentiale zu ermitteln, wurden zunächst die Sitzungen eines Jahre ermittelt (~ 45 Ausschüsse und 6 x Rat). Die Einladung zu einem Ausschuss wird 70 mal vervielfältigt, bei einer Ratssitzung sind 100 Sätze üblich. Die auf diese Art ermittelten 217.500 Druckstücke schlagen bei je 1,7 €Cent mit ca. 3.700 € zu Buche. Bei einer angenommenen Bearbeitungszeit von 3 Stunden je Sitzung kommen insgesamt 4.700 € für die Konfektionierung und den Versand hinzu. Bei einem Porto je Brief i.H.v. 1,44 € sind für den Versand weitere 2.600 € Portokosten aufzuwenden.

Insgesamt liegt damit das Einsparpotential bei 11.000 € für ein Jahr oder 55.000 € in fünf Jahren und bleibt somit weit hinter den Kosten zurück. Selbst wenn einige Positionen relativiert werden könnten – z.B. die Elektrifizierung – wird der Kostenblock für Beschaffung und Betreuung immer die Einsparungen aufzehren.

Vor diesem Hintergrund bestätigt sich bereits an diesem Punkt aus Verwaltungssicht die Entscheidung vom September 2011, wodurch allen Mandatsträgern die elektronische Arbeit in Eigenregie ermöglicht wird. Bis heute wurde auch noch kein Wunsch an die Verwaltung herangetragen, auf Grund dessen die Papierlieferungen einzustellen.

Neben diesem Ergebnis wurden die Erfahrungen der Anwenderkommunen (s. Anfrage) abgefragt. Im Ergebnis sind alle erst im vergangenen Quartal gestartet oder steuern erst auf einen Test zu. Die zitierte Stadt Dissen setzt iPhones so ein, wie der Gummersbacher Verwaltungsvorstand es bereits seit Mitte 2010 tut, nämlich nur für den Mailabruf und als Terminkalender.

Kalkulierte Ersparnisse bei den Anwendern sind zwar z.T. deutlich höher angesetzt, resultieren jedoch immer aus Sondersituationen wie z.B. der Abschaffung eines Botendienstes oder Druckzahlen, die bei 400 – 700 TSD Druckstücken p.a. liegen. Die Anfragen bei den Anwendern haben im Übrigen auch die für das Invest angesetzten Kosten und Massen bestätigt (s.o. W-Lan).

Zur augenscheinlichen Kostensteigerung beim Verbrauchsmaterial hat die Kämmerei ausgeführt, dass etwa 15.000 € aus einer reinen Verschiebung von anderen Positionen herrühren. Weitere Veränderungen resultieren aus einem höheren Bedarf bei der OGS, dem jedoch eine höhere Förderung gegenüber steht sowie den gestiegenen Kosten der Personalausweise.

Bei den hier vorgestellten Gründen wurde lediglich auf die finanzielle Seite abgestellt. In rechtlicher Hinsicht sowie unter praktischer Betrachtung könnten weitere Punkte dafür und dagegen angeführt werden, die hier nicht näher beleuchtet werden sollen. Dennoch kann die vorstehende Entscheidung nicht von Dauer sein. Die Verwaltung wird regelmäßig z.B. mindestens vor jedem Ende einer Legislatur erneut die Realisierbarkeit prüfen.

Sicherlich wird irgendwann eine Ertüchtigung des Ratssaales aus anderen Gründen anstehen. Die Preise akzeptabler Geräte werden sinken und technischer Fortschritt wird das Batterieproblem obsolet werden lassen. Bis dahin entspricht die Möglichkeit zur elektronischen Arbeit in eigener Regie dem sinnvollsten Angebot.

Neben diesem freiwillig zu nutzenden Angebot ist die Verwaltung aber auch schon testweise dazu übergegangen, umfangreiche Anlagen zu Sitzungsvorlagen nur noch elektronisch zur Verfügung zu stellen und gleichzeitig die Anforderung in Papier zu ermöglichen. Der Schulentwicklungsplan mit 180 Seiten und aktuell der Entwurf des HSK mit 48 Seiten sind dabei auf eine vorher nicht erwartbare positive Akzeptanz gestoßen. Bis sich ggf. ein vollelektronischer Sitzungsdienst etablieren lässt, sollen diese Möglichkeiten in jedem Fall intensiv genutzt werden.

TOP 4

Umsetzung von Ausschüssen

Vorlage: 01608/2012

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt folgende Umsetzungen:

Betriebsausschuss Stadtwerke

Beschäftigtenvertreter

ordentliche Mitglieder

AM. Heinz Breidenbach (bisher AM. Birgit Fetz)

AM. Uwe Klein (bisher AM. Heinz Breidenbach)

stellvertretende Mitglieder

1. stellvertretendes Mitglied AM. Albert Hoss (bisher AM. Uwe Klein)

2. stellvertretendes Mitglied AM. Christopher Seybold (bisher AM. Albert Hoss)

Aufsichtsrat der Citymanagement Gummersbach GmbH

Verwaltung

stellvertretende Mitglieder

2. stellvertretendes Mitglied VA. Judith Pflipsen (bisher VA. Elmar Oehm)

Mitgliederversammlung des Touristik-Verbandes Oberbergisches Land e.V.

stellvertretende Mitglieder

stellvertretendes Mitglied VA. Judith Pflipsen (bisher VA. Elmar Oehm)

Auszug: 1.2, 2.1, 12

TOP 5

Erlas einer Rechtsverordnung nach § 6 Ladenschlussgesetz (Verkaufsoffene Sonntage)

Vorlage: 01579/2011

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja 24 Nein 13 Enthaltung 3

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach erlässt die als Anlage 1 der Originalniederschrift beigefügte Rechtsverordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen in der Stadt Gummersbach.

Auszug: 3

TOP 6

Wiederwahl des Schiedsmannes für den Schiedsbezirk II (Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen)

Vorlage: 01599/2012

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Franz Menden, Stüfkenskamp 7, 51645 Gummersbach, zum Schiedsmann für den Schiedsbezirk II (Bereich Dieringhausen / Vollmerhausen) wiederzuwählen.

Auszug: 1.3

TOP 7

Wahl der stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsbezirk III (Bereich Derschlag / Rebbelroth / Niederseßmar)

Vorlage: 01601/2012

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, Herrn Franz Menden, Stüfkenskamp 7, 51645 Gummersbach, zum stellvertretenden Schiedsmann für den Schiedsbezirk III (Bereich Derschlag / Rebbelroth / Niederseßmar) zu wählen.

Auszug: 1.3

TOP 8

Überplanmäßige Bereitstellung von Haushaltsmitteln für den Umbau B 256 - Westtangente bis Dr. Ottmar-Kohler-Straße

Vorlage: 01583/2011

Nachfolgender Beschluss wurde mehrheitlich gefasst.
Abstimmungsergebnis:

Ja 39 Nein 1

Beschluss:

Der Rat der Stadt genehmigt folgende

„Dringlichkeitsentscheidung
gem. § 60 GO NRW

Der überplanmäßigen Bereitstellung eines Betrages bis zur Höhe von 880.000 Euro für die Fortführung der Bauausführung der B 256 – Westtangente wird zugestimmt.

Gummersbach, den 05. Dezember 2011

gez. Frank Helmenstein
Bürgermeister

gez. Häring
Vorsitzender des Finanz- und
Wirtschaftsförderungs-
ausschusses

gez. Dr. Blau
1. Beigeordneter
und Stadtkämmerer“

Auszug: 4

TOP 9**Vorabbeschluss zum Investitionsprogramm 2012****Vorlage: 01614/2012**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst (bei 5 Stimmenthaltungen).
Abstimmungsergebnis:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die in der Begründung, der der Originalniederschrift als Anlage 2 beigefügten Vorlage, genannten investiven Maßnahmen in das Investitionsprogramm 2012 aufzunehmen.

Auszug: 4

TOP 10

Bebauungsplan Nr. 258 "Gummersbach - Steinberg" und Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung", Nr. 50 "Gummersbach - Winterbecke", Nr. 96 "Gummersbach - Industriegebiet - Mitte" sowie Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse zu den Bebauungsplänen Nr. 99 "Gummersbach - Kaiserstraße - Nord" und Nr. 122 "Gummersbach - Denkmalweg/Hohe Straße" jeweils im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 258 Gummersbach - Steinberg".

Beschluss über Stellungnahmen und Satzungsbeschluss**Vorlage: 01574/2011/1**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt:

1. Der Rat der Stadt beschließt das in der (der Originalniederschrift als Anlage 3 beigefügten) Vorlage dargestellte Ergebnis der Prüfung über die vorgebrachten Stellungnahmen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 258 "Gummersbach - Steinberg" und die Aufhebung der Bebauungspläne Nr. 1 und 1a "Art und Maß der baulichen Nutzung", Nr. 50 "Gummersbach - Winterbecke", Nr. 96 "Gummersbach - Industriegebiet - Mitte" sowie die Aufhebung der Aufstellungsbeschlüsse zu den Bebauungsplänen Nr. 99 "Gummersbach - Kaiserstraße - Nord" und Nr. 122 "Gummersbach - Denkmalweg/Hohe Straße", jeweils im Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 258 „Gummersbach – Steinberg“, bestehend aus einer Planzeichnung mit Textteil, werden gemäß § 2 Abs. 1 i.V.m. § 10 BauGB und § 7 GO NW als Satzung beschlossen. Dieser Satzung wird die Begründung vom 14.02.2012 beigefügt.

Auszug: 9

TOP 11**Erlass einer neuen Satzung für die städtischen Übergangwohnheime und Notunterkünfte****Vorlage: 01603/2012**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt die der Originalniederschrift als Anlage 4 beigefügte „Satzung über die Errichtung und den Betrieb sowie die Erhebung von Benutzungsgebühren von Notunterkünften und Übergangsheimen in der Stadt Gummersbach“, durch die gleichzeitig die „Satzung über die Errichtung und Unterhaltung von Notunterkünften und Übergangsheimen in der Stadt Gummersbach vom 09.11.1994 in der Fassung der Artikelsatzung zur Aktualisierung ortsrechtlicher Vorschriften und Anpassung an den Euro vom 07.12.2001 ausser Kraft tritt.

Auszug: 10

TOP 12**Bestellung eines beratenden Mitglieds im Jugendhilfeausschuss****Vorlage: 01595/2012**

Nachfolgender Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Gummersbach beschließt, Herrn Björn Perder, Fichtenstraße 5, 51647 Gummersbach in Anwendung der Satzung für das Jugendamt der Stadt Gummersbach § 4 Abs. 3, als Vertreter, der vom Jugendamtselternbeirat laut § 8 Kibiz benannt wird, als beratendes Mitglied zu bestellen.

Auszug: 10

TOP 13**Mitteilungen - Terminänderungen**

Herr Bürgermeister Frank Helmenstein teilt mit, dass in Absprache mit dem Vorsitzenden eine zusätzliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses am 14. März um 18.00 Uhr anberaumt wurde. Der Termin soll dazu dienen eine optimale Vorbereitung der Entscheidung im Zusammenhang mit dem Beitritt zum Stärkungspakt oder der Aufstellung eines 10-Jahres-HSK zu gewährleisten.

Aufgrund der zusätzlichen Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses wird die Sitzung des Hauptausschusses an diesem Tag (14.03.2012) bereits um 16.00 Uhr beginnen.

Weiterhin wird die Sitzung des Rates am 28. März 2012 aufgrund der sehr gehaltvollen Themen bereits um 17.00 Uhr beginnen.

Frank Helmenstein
Bürgermeister

Sarah Schmidt
Schriftführung